

**Budget.** Blau setzt auf viele kleine Schritte, Kürzungen bei Förderungen, Bahnoffensive und dem Klimabonus. Und überlegt ein Staatssekretariat für Bürokratieabbau.

## Wo die Freiheitlichen sparen wollen

VON ULRIKE WEISER

Dem blauen Kanzler in spe schlägt noch vor dem Start der Verhandlungen Skepsis entgegen. Ob die FPÖ bereit sei, harte Einsparungen durchzuziehen, zweifelte etwa zuletzt in der „ZiB 2“ Fiskalrat-Chef Christoph Badelt leise an.

Und es stimmt: Das blaue Wahlprogramm gibt diesbezüglich nicht viel her. Allerdings wurde es erstellt, bevor das wahre Ausmaß des Budgetlochs offenbar wurde. Zudem sind Wahlversprechen bekanntlich das eine, Koalitionsabkommen das andere. Tatsächlich sieht man im Wirtschaftsflügel der Partei die große Herausforderung erstaunlich gelassen - und skizziert schon einmal die blaue Rotstiftrechnung für das erste Jahr (sechs Milliarden Euro ohne Defizitverfahren).

### Öko-Förderungen im Visier

Ein Großteil soll demnach mit dem Streichen/Auslaufenlassen von Förderungen eingespart werden. Man verweist dazu auf die Analyse des Budgetdiensts für die Jahre 2017 bis 2022, wonach sich die Ausgaben für Förderungen (ohne temporäre Krisenmaßnahmen) um 35 Prozent erhöht haben. Bei den direkten Förderungen (also Auszahlungen) haben sich jene im Bereich Umwelt, Mobilität und Klima verfünffacht. Hier komme man mit der ÖVP sicher rasch zu einer Einigung, da man „von derselben Seite aus“ auf die Zahlen schaue.

Insgesamt will die FPÖ nach der „Prüfung der Auswirkung der jeweiligen Förderung auf Konjunktur und Arbeitsmarkt“ 3,2 Milliarden heben. Die Summe hat auch der Fiskalrat genannt, jedoch als theoretisches Maximum und zum Teil erst für 2026 realisierbar. Ob z. B. auch der Familienbonus angegriffen würde, lässt man aber offen. Fix im Fokus seien jedoch Förderdoppelgleisigkeiten von Bund und Ländern. Apropos Verwaltung: Die FPÖ überlegt, das Thema Bürokratieabbau zu personifizieren. Wohl nicht mit einem Austro-Elon-Musk, aber doch mit einem eigenen Staatssekretariat. (Weniger dringend erscheint aktuell hingegen die blaue Langzeitforderung nach einem Aus für die Kammer-Pflichtmitgliedschaft.)

### Temporärer Solidaritätsbeitrag?

Der nächste Punkt auf der Sparliste ist wieder ein breit bekannter: der Klimabonus. Ein Ausbräute aktuell über zwei Milliarden Euro, ein Teil der Einsparungen (circa 200 Millionen) könnte aber in Soziales fließen. (Die mit dem Bonus zusammenhängende CO<sub>2</sub>-Steuer, die die FPÖ als sinnlos ablehnt, würde man nicht komplett rückgängig machen wollen, nur nicht weiter erhöhen.) Und der Rest der sechs Milliarden? Den will man durch Kürzungen in verschiedensten Bereichen hereinbringen. Auch

hier war vieles bereits in Diskussion, z. B. das Ende der Bildungskarenz. Oder ein Stopp für die Bahnoffensive oder auch eine temporäre Einschränkung des ÖBB-Angebots.

Generell werde es bei der Budgetsanierung weder die „Königsmaßnahme“ geben noch einen durchgängigen Fünfjahresplan. Vielmehr müsse man permanent an vielen kleinen Schrauben drehen: Oder - ein anderes Bild: „Den Öltanker langsam wenden.“ Dabei werde man auch „auf soziale Verträglichkeit achten“. „Wir sind keine neoliberale Partei, die alles zusammenstreicht. Sollen wir als Oppositionspartei jetzt in zwei Jahren die Republik sanieren und dabei einen Flächenbrand auslösen?“, so ein Funktionär.

Also lieber kleine Schritte. In beide Richtungen: Beim Thema Pensionen etwa war die FPÖ bisher rigoros (keinesfalls eine Anhebung des gesetzlichen Eintrittsalters, Erhöhung kleiner Pensionen über dem gesetzlichen Mindestmaß). Da klingt man nun offener. Man müsse halt diskutieren - sowohl mit der ÖVP als auch den eigenen Bereichssprechern.

Interessant ist auch, was die FPÖ beim Thema Sparen nicht aufzählt - was man aber ei-

gentlich erwartet hätte. Zum Beispiel das von Herbert Kickl - u. a. auch wegen der Kosten - heftig kritisierte Sky-Shield-Projekt (das aber freilich auch noch nicht budgetiert ist). Oder die geforderten Verschärfungen bei Sozialleistungen für Asylwerber: Hier gehe es um eine „Deattraktivierung des Asylstandorts“, doch damit könne man „kein Budget sanieren“. Nicht eingegangen wird auch auf einnahmenseitige Maßnahmen: „Sobald man diese Tür aufmacht, kriegt man sie nicht mehr zu.“ Das heiße aber nicht, dass man einen „temporären Solidaritätsbeitrag“ ganz ausschließe.

Offen ist man auch für die bisherigen Verhandlungsergebnisse. Die FPÖ will diese durchgehen - durchaus mit taktischen Hintergedanken: Maßnahmen, denen die SPÖ bereits zugestimmt habe, könnte diese nämlich später schwerlich kritisieren.

Bleibt noch die Frage: Defizitverfahren - ja oder nein? Die FPÖ ist dagegen. Man hoffe sehr, dass EU-Kommissar Magnus Brunner und Außenminister Alexander Schallenberg (beide ÖVP) „Brüssel klarmachen, dass wir jetzt noch ein bisschen Zeit brauchen“.

“

Sollen wir in zwei Jahren die Republik sanieren und dabei einen Flächenbrand auslösen?

Ein FPÖ-Funktionär



Die FPÖ kann sich auch vorstellen, das ÖBB-Angebot temporär einzuschränken. Martin Huber

## „Volksgesetze“ und andere Hürden

In substanziellen Fragen wie direkte Demokratie oder Kammern ist der Weg zur FPÖ für Türkis weit.

Wien. Deregulierung, Nein zu neuen Steuern, Migration - es gibt allerhand Bereiche, in denen FPÖ und ÖVP recht rasch zueinanderfinden könnten. Wäre Blau-Türkis also im Handumdrehen möglich? Ein Blick auf die Programmatik der Blauen zeigt: Es gibt durchaus Hürden, und diese befinden sich in zentralen Lebens- und Politikbereichen. Eines der Kernanliegen der FPÖ, de facto die inhaltliche Basis der „Volkskanzler“-Kampagne Herbert Kickls, wird im jüngsten Wahlprogramm so beschrieben: „Immer dann, wenn ein Volksbegehren vom Nationalrat verworfen wird, soll das Volk selbst entscheiden, ob die Initiative doch ein Gesetz werden soll - Gesetzgebung unabhängig vom Nationalrat soll möglich sein.“ Sprich: Wenn 250.000 Menschen ein Volksbegehren unterschreiben, „soll es zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führen“, steht im blauen Programm, das Ganze wird zusammengefasst unter dem Begriff „Volksgesetzgebung“ - und wäre ein grundlegender Umbau der heimischen Gesetzgebung und politischen Entscheidungsfindung.

Kickl erklärte im Wahlkampf auch, dass man sogar über die Todesstrafe abstimmen könne - wiewohl er sie freilich selbst ablehne. Laut FPÖ ist auch die Abstimmung über einen EU-Austritt möglich. Dem FPÖ-Modell zufolge wäre es auch bereits dazu gekommen: Vor knapp zehn Jahren erreichte ein Volksbegehren für den EU-Austritt rund 261.000 Unterschriften.

In der türkis-blauen Regierung war das einst sogar schon einmal Thema - weil die türkise ÖVP ihre Sympathie für derlei Volksabstimmungs-Automatismen verlor, wurde die Idee abgeschwächt und ans hinterste Ende des türkis-blauen Arbeitsplans verfrachtet. Dazu gekommen ist es letztlich nie. Ein Fehler, wie die FPÖ nun sagt: Kickls Vizepartei Mario Kunasek erklärte im Nationalratswahlkampf, dass man daraus gelernt habe und „Kernprojekte wie direkte Demokratie oder ORF-Reform“ nicht wieder verschieben lassen würde. Apropos: Eine ORF-Reform steht ohnehin an. Die FPÖ will „Objektivität statt Propaganda“ und die in der türkisen Kanzlerschaft eingeführte Haushaltsabgabe abschaffen.

Abgesehen von grundlegenden Änderungen wie einer Abschaffung der Briefwahl und einer Corona-„Entschädigung“ will die FPÖ auch die Pflichtmitgliedschaft in Kammern - etwa in der Wirtschaftskammer - abschaffen. (kk)

## EU und Sky Shield: Die Stolpersteine für FPÖ und ÖVP

**Blau-Türkis.** In der Außen- und Sicherheitspolitik liegen FPÖ und Volkspartei teils diametral auseinander. Reformprojekte wie die Messenger-Überwachung und die Teilnahme am Raketenabwehrschirm Sky Shield sind strittig - ebenso wie die künftige Europapolitik Österreichs.

VON DANIEL BISCHOF

Wien. Bei bisherigen Regierungsverhandlungen spielte die Außen- und Sicherheitspolitik bisher meist keine entscheidende Rolle. Bei den Gesprächen zwischen FPÖ und ÖVP hingegen könnte sie zum Knackpunkt werden. Strittig sind nicht nur Reformprojekte, sondern auch die außenpolitische Ausrichtung.

### Die Nachrichtendienste

Im Wahlkampf war es für die ÖVP sogar eine Koalitionsbedingung: Dem Staatsschutz soll ermöglicht werden, verschlüsselte Nachrichtenplattformen wie Signal mit Spionage-Software zu infiltrieren. Ursprünglich hat die FPÖ unter Türkis-Blau mit der ÖVP den „Bundestrojaner“ beschlossen. Dieser wurde 2019 dann vom Verfassungsgerichtshof als ver-

boten seine Partei nach den „negativen Erfahrungen“ in der Pandemie „geläutert“ sei: „Es kann nicht diese Form der Massenüberwachung sein.“

Fraglich ist auch, ob die zwei militärischen und der zivile Nachrichtendienst im Innenministerium wie unter Türkis-Blau unter FPÖ-Ministern ressortieren werden. Denn das Verhältnis der Blauen zum Staatsschutz ist angespannt: Nicht nur die Razzia beim BVT, der Vorgängerbehörde der heutigen Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), im Februar 2018 zeugt davon. Bis heute hält das Misstrauen der FPÖ an. Im Jahr 2023 meinte Kickl, die DSN habe nicht die Regierung und „schon gar nicht die ÖVP zu schützen, nur weil die Spitzen des Verfassungsschutzes so schwarz sind wie ein Kübel Ruß“. Während die DSN die Identitären als rechtsextrem einstufte, sind sie für Kickl eine „NGO von rechts“.

die Blauen Geheimnisse nach Moskau verraten könnten. Deutsche Politiker drohten daher öffentlich, dass die deutschen Dienste den Informationsfluss nach Österreich auf den Prüfstand stellen werden, falls die FPÖ in die Regierung eintritt.

### Sky Shield und Neutralität

Während die FPÖ dringend wieder die im Jahr 2006 abgeschafften Milizübungen einführen will, lehnt das die Volkspartei ab. Auch bei der Neutralität gehen die Ansichten im Detail auseinander.

Die FPÖ hält Österreichs Beitritt zum europäischen Raketenabwehrschirm Sky Shield für neutralitätswidrig: Es handle sich um einen „Nato-Beitritt durch die Hintertüre“. Die ÖVP bestreitet das, der Sky Shield diene nur dem gemeinsamen Einkauf von Waffen und der Ausbildung von

Das gilt auch für Österreichs Haltung im Ukraine-Krieg. Die FPÖ stellt sich gegen die Russland-Sanktionen, die Ukraine will sie nicht unterstützen. Die ÖVP hingegen trägt die EU-Sanktionen gegen Moskau mit. Sie lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab, politisch hat sie sich jedoch auf die Seite Kiews gestellt.

### Die Europapolitik

Unterschiede gibt es in der Frage, wie sich Österreich europapolitisch positionieren soll. Die EU will die FPÖ auf eine Wirtschaftsunion schrumpfen, ihre Kompetenzen sollen zu den Nationalstaaten zurückverlagert werden. In Europa schmiedet sie mit anderen EU-skeptischen Parteien Bündnisse. Vor allem zum ungarischen Premier Viktor Orbán und dessen Fidesz-Partei pflegt die FPÖ enge Kontakte. Auch auf internatio-

kerrechtliche Verträge Österreichs will sie auf den Prüfstand stellen.

Die ÖVP hat sich in den vergangenen Jahren kritischer gegenüber der Union positioniert, im Kern ist sie aber weiter eine pro-europäische Partei. Anders als die FPÖ will sie Probleme wie jene bei der Migration auf europäischer Ebene lösen. In der mit den Grünen beschlossenen Sicherheitsstrategie strebt sie für Österreich verstärkte Kooperationen mit der Nato an - vor allem beim Informationsaustausch und bei gemeinsamen Übungen.

### Die Gemeinsamkeiten

Kompromisse zwischen den Parteien könnten dadurch erleichtert werden, dass es doch auch manch grundsätzliche Gemeinsamkeit gibt: Sowohl ÖVP als auch FPÖ wollen ein Verbotsgesetz gegen islamistische Gruppen.